

Stefanie Wöhl (Wien)

Die politische Rationalität des Neoliberalismus – eine demokratietheoretische Betrachtung im Anschluss an Wendy Brown

Der Artikel beschreibt demokratietheoretische Konsequenzen einer politischen Rationalität des Neoliberalismus, wie sie speziell von der amerikanischen Politikwissenschaftlerin Wendy Brown ausformuliert wurden. Der Fokus des Artikels liegt neben der theoretischen Analyse einer politischen Rationalität des Neoliberalismus auf dessen Auswirkungen auf die Institutionen der liberalen Demokratie, wie freie Wahlen, politische Öffentlichkeit sowie Verrechtlichungsprozesse. Es wird der zentralen Frage anhand von aktuellen Beispielen nachgegangen, inwiefern durch eine neoliberale politische Rationalität und durch Verrechtlichungsprozesse eine machtpolitische Verschiebung zwischen den Institutionen der liberalen Demokratie stattfindet und zentrale demokratietheoretische Begriffe in eine ökonomische Marktrationalität umgedeutet werden.

*Keywords: liberale Demokratie, politische Rationalität, Neoliberalismus, Wendy Brown, Öffentlichkeit
liberal democracy, political rationality, neoliberalism, Wendy Brown, public sphere*

1. Einleitung

Fragen der Postdemokratie und sozialer Demokratie angesichts neoliberaler Entwicklungen sowie die Auswirkungen internationaler Rechtsnormen prägen aktuelle politikwissenschaftliche Debatten (vgl. Crouch 2008; Ranciére 2002; Mouffe 2011; Jörke 2011; Schiffer 2011; Meyer 2006; Kreide/Niederbeger 2008). Auch PhilosophInnen reflektieren angesichts wirtschaftlicher Globalisierungsprozesse über demokratische Inklusions- und Partizipationsformen, den Zustand der liberalen Demokratie und über internationale Menschenrechtsverletzungen im Namen der Demokratie (u.a. Ranciére 2002; Butler 2004). In diesem Artikel möchte ich einen aktuellen Debattenbeitrag von Wendy Brown aufgreifen, die aus einer poststrukturalistischen Theorieperspektive diese Thematik für die liberale Demokratie beleuchtet. Als politische Theoretikerin an der Universität Berkeley hat Brown vor allem die normativen demokratietheoretischen Konzeptionen und diskursiven Begriffsverschiebungen im Blick, sowie konkrete politische Veränderungsprozesse, die in den USA zu Beginn des 21. Jahrhunderts wirkmächtig wurden. Sie erläutert dabei im Anschluss an die Studien zur Gouvernementalität von Michel Foucault, wie sozial differenzierte Subjektpositionen in modernen Demokratien berücksichtigt werden müssten und stellt die politische Rationalität des marktradikalen Neoliberalismus infrage, die, so ihre These, selbst noch das klassisch liberale Demokratieverständnis aushöhlt.

Demokratie im liberalen, repräsentativen Verständnis steht für das Versprechen auf individuelle Freiheitsrechte und formale politische Gleichheit. Besonders DemokratietheoretikerInnen

haben in der Vergangenheit vielfach auf ein bestehendes Missverhältnis in der liberalen Demokratiekonzeption hingewiesen: nämlich zwischen formalen, politisch individuellen Freiheitsrechten einerseits und der substanziellen materiellen Ungleichheit andererseits, die gerade den Zugang zu formal gleicher politischer Partizipation für Frauen und weiteren ökonomisch und politisch marginalisierten Gruppen bis ins 20. Jahrhundert hinein erschwerte (u.a. Phillips 1993 und 2007; Fraser 1997; Sauer 2001; Young 2000; Benhabib 2004).

Angesichts dieser immer schon bestehenden Ausschlüsse spezifischer Personengruppen in westlichen liberalen repräsentativen Demokratien und dem derzeit breit diskutierten Phänomen der „Postdemokratie“, ist ein Blick auf die damit einhergehenden normativen, politischen und ökonomischen Veränderungsprozesse für die Demokratie umso relevanter. Denn die liberalen Demokratieversprechungen von politischer Freiheit und Gleichheit vor dem Gesetz bestehen zwar formal weiterhin für alle StaatsbürgerInnen eines Nationalstaates, scheinen heute aber eingeholt von einer marktradikalen neoliberalen politischen Rationalität, die die abstrakt imaginierte liberale politische Freiheit des Individuums sowie politische StaatsbürgerInnenrechte zunehmend mit KundInnenrechten auf dem freien Markt unter Wettbewerbsbedingungen gleichsetzt und somit klassische liberale Vorstellungen von Freiheit und Gleichheit konterkariert und umdeutet (vgl. Bröckling et al. 2000; Brown 2005; Rose 2000).

Im Anschluss an Wendy Brown und unter Bezugnahme auf weitere AutorInnen möchte ich im Folgenden der Frage nachgehen, wie gegenwärtige liberale Demokratien durch Marktmechanismen, Verrechtlichungsprozesse und eine neoliberale Marktrationalität betroffen werden und warum es einer ausführlichen demokratietheoretischen Auseinandersetzung mit der politischen Rationalität des Neoliberalismus und seinen ambivalenten Auswirkungen auf die Demokratie bedarf. Hierfür werde ich im zweiten Abschnitt die politische Rationalität des Neoliberalismus im Anschluss an Wendy Brown erläutern und schließlich im darauffolgenden Kapitel die Konsequenzen einer neoliberalen politischen Rationalität und von Verrechtlichungsprozessen für die liberale Demokratie darstellen.

2. Wendy Browns Analyse der politischen Rationalität des Neoliberalismus

Wendy Brown (2005 und 2009) konzentriert sich in jüngeren Schriften auf gegenwärtige Probleme und Herausforderungen des liberalen Demokratieverständnisses. Dabei geht es ihr nicht darum zu fragen, wie spezifische Interessen repräsentiert werden, sondern umgekehrt darum, wie demokratische Repräsentation durch die zunehmende „Vermarktlichung“ der öffentlichen Sphäre, verschiedener gesellschaftlicher Lebensbereiche und durch die Rücknahme liberaler Freiheitsrechte unterlaufen und damit auch die politischen Artikulations- und Repräsentationsmöglichkeiten verschiedener Personengruppen tangiert werden.

Brown stützt sich in ihren Analysen des Neoliberalismus als politische Rationalität auf die Gouvernementalitätsstudien von Michel Foucault, der in seinen Vorlesungen von 1978/79 am Collège de France die Unterschiede und Gemeinsamkeiten neoliberaler Ökonomen herausarbeitete – der ordoliberalen Schule in Freiburg und der marktradikalen Variante der Chicago School in den USA (vgl. Foucault 2004a/b).¹ In der Analyse des Unterschiedes liberaler Positionen des 18. Jahrhunderts zu diesen neoliberalen Positionen des 20. Jahrhunderts entdeckte Foucault eine Verschiebung der Form: War es im Liberalismus der Staat, der die Ökonomie regulierte, wird im Neoliberalismus die Ökonomie selbst zum regulierenden Prinzip des Staates. Foucault arbeitete heraus, dass im Frühliberalismus die individuelle Freiheit als Grundlage einer rationalen Regie-

rung angesehen wurde und deren technische Durchführung überhaupt erst garantierte, während im Neoliberalismus dagegen rationales Handeln der Individuen zwar auch die Rationalität der Regierung garantiert, dessen Grundlage jedoch nicht mehr auf einer natürlichen Freiheit der Individuen basiert, sondern auf dem unternehmerischen Kalkül des Einzelnen. Nicht mehr die Freiheit des Einzelnen wie im klassischen Liberalismus, sondern die Freiheit der Ökonomie steht nun im Zentrum einer neoliberalen Marktrationalität. Diese Verschiebung bewirkte, dass die politische Freiheit des Einzelnen zunehmend als ökonomische Freiheit umgedeutet wurde. Dies führte in Verbindung mit der Umwertung der Leidenschaften in kalkulierbare Interessen dazu, dass die Ökonomie über andere Bereiche freier Selbstgestaltung dominierte (Hirschman 1987). Somit wurden zugleich ökonomische Rationalitätskriterien für staatliches Handeln als auch für die Individuen als StaatsbürgerInnen innerhalb der Zivilgesellschaft etabliert. Diese ökonomische Rationalität sollte in der Folge in der marktradikalen neoliberalen Variante die Staatshandlungen leiten, so dass auch nicht mehr von einer Trennung zwischen dem Ökonomischen und Staatlichen gesprochen werden kann (Foucault 2004b; vgl. Lemke 1997). Stattdessen wird die Generalisierung und Ausweitung der ökonomischen Form auf alle Lebensbereiche ein Prinzip für die Gesellschaft und für das Soziale überhaupt, mehr noch: Sie wird zum normativen Programm, das die Regierungspraktiken bewertet und prüft. Jegliches menschliche Handeln wird innerhalb dieser marktradikalen Rationalität somit spezifischen ökonomischen Rationalitätskriterien unterworfen (Burchell 1993, 274 ff.).

Auch Thomas Lemke sieht in dieser Generalisierung der ökonomischen Form nicht nur eine epistemologische Verschiebung, sondern einen „Programm-Charakter, indem es die kritische Bewertung der Regierungspraktiken anhand von Markt Begriffen erlaubt. Es ermöglicht, sie zu prüfen, ihnen Übermaß und Missbrauch entgegenzuhalten und sie nach dem Spiel von Angebot und Nachfrage zu filtern.“ (Lemke 1997, 248; vgl. auch Gordon 1991, 43)

Diese marktradikale neoliberale Gouvernentalisierung des Staates hält dabei an der Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit in besonderer Weise fest, indem sie nun eine Verschiebung der staatlichen Form bewirkt: Staatliche Leistungen und öffentliche Güter werden zunehmend nach Marktkriterien privatisiert und sollen von zivilgesellschaftlichen AkteurInnen gleichzeitig als Dienstleistung erbracht werden.

Die zunehmende Privatisierung öffentlich-staatlicher Güter und Leistungen ist der *ökonomische Effekt* dieser neoliberalen Gouvernentalisierung des Staates. Es geht hierbei jedoch keineswegs um einen Abbau des Staates, sondern um eine Veränderung seiner Aufgaben und seine Neuausrichtung nach dem Marktprinzip. Die moderne neoliberale Gouvernentalisierung des Staates beinhaltet staatliche Technologien und Subjektivierungsstrategien, die mittels der individualisierenden Zuschreibung von Verantwortung regieren und somit gesellschaftliche Risiken und gesellschaftlich notwendige Arbeiten wie z.B. Haus- und Pflegearbeiten im Niedriglohnbereich kommodifizieren. Jedoch nicht in dem Sinne, dass gesellschaftlich notwendige Reproduktionsarbeiten Existenz sichernd entlohnt werden, sondern indem auch der Privathaushalt als zusätzliche Niedriglohn-Einkommensquelle genutzt wird für die Erweiterung des Marktprinzips in die Privathaushalte (vgl. Wöhl 2007b, 93ff.).

Die politische Rationalität des marktradikalen Neoliberalismus umfasst dabei nicht nur die ökonomische Dimension von *policies* und deren Effekte für Staat und Gesellschaft, sondern auch die ökonomische Rationalität selbst, die diese Politiken überhaupt erst organisiert und die über das Marktgeschehen hinausgeht und normativ in der Gesellschaft sowie im Staat wirkt.

In diesem Sinne analysiert Wendy Brown die Konsequenzen der politischen Rationalität des marktradikalen Neoliberalismus für die gegenwärtige liberale Demokratie. Die politische

Rationalität des Neoliberalismus erfasst dabei sowohl den öffentlichen Sektor als auch individuelle StaatsbürgerInnen als politische Subjekte, indem beispielsweise wohlfahrtsstaatliche Leistungen nun an eigenverantwortliches Handeln der Individuen gekoppelt werden und staatliche Transferleistungen gekürzt werden, falls die damit einhergehenden Bedingungen nicht eingehalten werden (Bröckling 2007). Der Druck, der dabei auf subjektiver Ebene entsteht, dass jede BürgerIn für sich und bestimmte sozialstaatliche Errungenschaften selbst verantwortlich gemacht wird, erzeugt, wie auch Alain Ehrenberg schreibt, gesellschaftliche Pathologien, die zu einer Zunahme psychischer Erkrankungen führen und in einem „erschöpften Selbst“ enden (Ehrenberg 2004). Die marktliberale Variante der Subjektivierung verstärkt normativ und gesellschaftlich auf individueller Ebene die ohnehin seit den 1970er-Jahren sich zuspitzende Tendenz und Lebensperspektive, dass jede/r als Subjekt letztlich für ein Gelingen oder Scheitern der eigenen Lebensführung selbst verantwortlich ist.

Der souveräne Mensch [...] steht im Begriff, en masse Wirklichkeit zu werden. Es gibt nichts über ihm, das ihm sagen könnte, wer er zu sein hat [...] Moralischer Pluralismus statt Konformität gegenüber einer einzigen Norm, die Freiheit, sich seine eigenen Regeln zu schaffen, statt sich aufzwingen zu lassen: Die eigene Entwicklung wird kollektiv zu einer persönlichen Angelegenheit, die die Gesellschaft fördern soll. (Ehrenberg 2004, 155)

Diese Anforderungen der modernen Leistungsgesellschaft, die rational nach dem Marktprinzip organisiert ist, und in der nur diejenigen erfolgreich sind, die dem Tempo der an sie gestellten Kriterien standhalten können und die sich als UnternehmerInnen ihrer selbst verstehen (Bröckling 2007), haben nicht nur Konsequenzen auf der subjektiven Ebene einzelner Personen, sondern auch für die Gesellschaft und den Staat insgesamt: Die politische Rationalität des Neoliberalismus, die Vermarktlichung eben nicht auf den Markt beschränkt, sondern in verschiedensten Bereiche menschlichen Lebens implementiert (sei es in der sozialen Daseinsvorsorge durch eine Teilprivatisierung von Rentensystemen z.B. in Großbritannien, Österreich und Deutschland – oder durch die Vermarktlichung der Universitäten im europäischen Hochschulraum durch die Einführung von außeruniversitären Beratungsgremien, die aus VertreterInnen der Privatwirtschaft, den SozialpartnerInnen und privaten Interessengruppen bestehen) hat dazu geführt, dass Marktprinzipien und ökonomische Kriterien mittlerweile einen bedeutenden Stellenwert in jenen Bereichen erlangt haben, die bisher als getrennt vom Markt, nämlich als öffentlich-rechtlicher Bereich betrachtet wurden oder als staatlich galten – selbst in einem klassisch liberalen Verständnis von Demokratie.

Wendy Brown konstatiert, dass der klassische politische Liberalismus, der für individuelle Freiheitsrechte stand, in der neoliberalen Variante auch politische Rechte nach ökonomischen Rationalitätskriterien reinterpretiert und so selbst klassisch liberale individuelle Rechte aushöhlt (Brown 2005, 39ff.). Die neoliberale Gouvernentalisierung des Staates erweitert die Prinzipien und die Werte des freien Marktes auf staatliche und gesellschaftliche Institutionen sowie auf soziales Handeln. Der Markt selbst bleibt dabei zwar ein selbstständiges Handlungsfeld, hat aber Auswirkungen auf die Form und Funktionen liberaler Demokratien. Diese Vermarktlichungstendenzen verschiedener, auch vormalig als privat gestalteter Lebensbereiche und die Ausrichtung der öffentlichen Verwaltung nach dem Marktprinzip durch ökonomische Benchmarks und Leistungsvereinbarungen zur Output-Optimierung, sollen ökonomisch rational handelnde AkteurInnen schaffen. Sie werden an dem ökonomischen *output* ihres jeweiligen *policy*-Bereiches und an der Quantität der Leistungen z.B. ihrer Verwaltung bemessen. Im öffentlichen Hochschulsek-

tor der Gegenwart wird dies besonders ersichtlich, wo es um die Einwerbung von Drittmitteln unter Wettbewerbsbedingungen geht, und die Ausfinanzierung der öffentlichen Hochschulen an das Erreichen ökonomischer Benchmarks und Leistungsvereinbarungen gebunden wird. Die europäischen Universitäten haben dieses ökonomische Rationalitätsprinzip mittlerweile als festen Bestandteil übernommen, um auch intern einzelne Fakultäten und Institute zu vergleichen und ihren Output ökonomisch zu bemessen und somit auch ihre fachliche Legitimität unter einen ökonomischen Beweis zu stellen (vgl. Steinert/Lee/Demirovic 2007).

Diese Ausrichtung nach ökonomischen Wettbewerbsbedingungen hat dazu geführt, dass der *homo oeconomicus* normativ als politische und soziale Leitfigur dient, dem sich nicht nur die Individuen fügen sollen, sondern an dem auch staatliches Handeln sich bemessen lassen muss und der für die Umsetzung von Politik allgegenwärtig wurde (vgl. Habermann 2008). Profitabilität, Rentabilität, Leistung und Kosten-Nutzen-Maximierung werden dabei zu Maximen, die auch normativ für den Rechtsstaat und die Staatsform Demokratie relevant werden: Der Staat dient nämlich immer dann dem Markt als Stabilisator, wenn der Markt dies benötigt, wie in der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise deutlich wurde. Staatliche Legitimität wird somit an die erfolgreiche Durchsetzung von Marktinteressen gekoppelt und verändert die Annahme, dass der Staat letztlich Repräsentant des Volkes sei.²

Diese normative Ausrichtung nach dem Marktprinzip bzw. die Implementierung einer radikalen Marktrationalität in der Staatsform Demokratie wäre noch nicht derart gravierend, würden nicht gleichzeitig zivilgesellschaftliches Engagement und Protest seitens der BürgerInnen sowohl in den USA als auch in Österreich neuerdings strenger geahndet werden.³ Die politische Öffentlichkeit und somit die öffentliche Sphäre per se, die große Errungenschaft liberaler Demokratien, wird so nach tendenziell repressiveren Kriterien gestaltet. Das heißt, dass die exekutiven Funktionen des Staates ausgebaut werden, ohne jedoch dem Volk weitere Mitbestimmungsrechte einzuräumen und die staatlichen Abhör- und Überwachungskomponenten zu erweitern, ohne diese an öffentliche demokratische Kontrollgremien zu binden (vgl. Brown 2011, 48ff.).

Nancy Fraser hat einmal zutreffend bemerkt, trotz aller Ausgrenzungsprozesse, die die politische Öffentlichkeit z.B. für Frauen historisch bedeutete, bleibe die Idee der Öffentlichkeit „die konzeptuelle Bedingung der Möglichkeit von Kritik an ihrer mangelhaften Umsetzung“ (Fraser 1996, 179, Fn. 15). Würde die politische Öffentlichkeit durch den Markt, einzelne private Gruppierungen oder spezifische Interessengruppen zunehmend dominiert, würde dies einer Gefährdung des demokratischen Prinzips an sich gleichkommen.

Wie weit sich die repräsentative Demokratie jedoch bereits von den Interessen ihrer BürgerInnen entfernt hat, wird immer dann deutlich, wenn demokratische Entscheidungen so getroffen werden, dass sie nicht mehr transparent für die BürgerInnen sind und diese nur am Ende der legislativen Entscheidungsfindung mit den Konsequenzen öffentlich konfrontiert werden. War die liberale Trennung einer öffentlichen und privaten Sphäre zwar Ursprung von Kritik all jener, die nicht als politisch anerkannte Subjekte galten, und somit historisch nicht repräsentiert wurden, so gilt es heute, die öffentliche Sphäre an sich als Ort demokratischer Auseinandersetzungen zu schützen und als liberale Errungenschaft aufrechtzuerhalten, bei aller Kritik, die an ihrer mangelnden Umsetzung besteht. Denn sie ist und bleibt Voraussetzung für Demokratie.

3. Konsequenzen der politischen Rationalität des Neoliberalismus und von Verrechtlichungsprozessen für die liberale Demokratie

In der Analyse der politischen Rationalität des marktradikalen Neoliberalismus wird auch deutlich, dass sich nicht nur die Kriterien und Bewertungsmaßstäbe für eine funktionierende Demokratie verändern, sondern dass auch die BürgerInnen aufgefordert sind, sich als ökonomisch rational handelnde Marktsubjekte zu verstehen. Die bereits erwähnte Eigenverantwortung für die eigene Lebensführung kommt immer dann zum Tragen, wenn der Staat etwa die soziale Absicherung nicht mehr garantiert. Diskurse um Eigenverantwortung für Bildung, den eigenen Gesundheitszustand, Arbeitsplatzsicherheit und andere Faktoren für eine gesellschaftlich gelingende Lebensführung scheinen auch deswegen so einleuchtend, weil es ja tatsächlich eine Eigenverantwortung für diese Lebensbereiche gibt. Gleichzeitig wird dabei aber immer undeutlicher, inwiefern politische Verantwortung, sowie politische und ökonomische Macht depolitisiert werden. Da, wie Wendy Brown zutreffend bemerkt, der Staat sich nicht aus der Regierungsverantwortung zurückzieht, sondern Politiken implementiert, in denen marktbezogene Freiheitsimperative dominieren, bleibt die Macht des Staates erhalten, ohne dass die normativen Implikationen einer ökonomisch ausgerichteten Lebens- und Staatsführung sichtbar würden (Brown 2005, 44).

Eine neoliberale Gouvernentalisierung des Staates, so Brown, würde daher auch die Autonomie zwischen staatlichen Institutionen in liberalen Demokratien, wie z.B. freien Wahlen und der politischen Öffentlichkeit, unterlaufen, indem sie jene permanent Marktkriterien unterwirft und somit deren selbstständige Regulierungsprinzipien und ihre eigene Handlungsmacht normativ nicht mehr unabhängig voneinander seien (ebd., 45). Wenn Wahlwerbung nur noch auf Vermarktung zielt, ohne wirkliche politische Alternativen vermitteln zu wollen, und die Öffentlichkeit in Form von freien Medien durch Medienmonopole bestimmt wird, bleibt fraglich, wie unabhängig und öffentlich ebendiese Institutionen sind und inwiefern Wahlkampagnen eher strategischen PR-Kampagnen ähneln, als dass demokratische Inhalte vermittelt werden. Freie Wahlen würden so immer mehr zum Spektakel, wo Kampagnenmarketing und Fundraising dazu tendieren, demokratische Wahlen mit Produktwerbung gleichzusetzen und bestimmte Politiken „verkauft“ werden sollen. Der öffentliche Wahlkampf wird, wie schon Colin Crouch (2008) bemerkte, so von bestimmten Medien als Meinungsmacher bestimmt, die die BürgerInnen passivieren und politische Persönlichkeiten in den Vordergrund stellen, anstatt programmatische und zentrale politische Themen zu beleuchten (vgl. auch Jörke 2011; Dörner 2002; Meyer 2005; Schiffer 2011). Zwar waren Wahlkampagnen in den USA und auch in totalitären Regimen historisch immer schon große PR-Kampagnen (vgl. Bernays 2007), jedoch ist das Neuartige in der derzeitigen marktradikalen neoliberalen Variante, dass damit die Eigenständigkeit demokratischer Institutionen ausgehöhlt wird, da ökonomische Marktkriterien eben auch andere demokratische Institutionen erfassen, die bis in die 1980er-Jahre hinein noch normativ sowie real vom Markt getrennt waren, wie z.B. die öffentliche Verwaltung (vgl. Evans/Rauch 1999; Riegraf 2007).

Es wäre deswegen gravierend, wenn das politische System liberaler Demokratien z.B. in Form von freien Wahlen und die politische Ökonomie des Marktes nicht mehr in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen würden.

[...] Neoliberalism entails the erosion of oppositional political, moral, or subjective claims located outside capitalist rationality yet inside liberal democratic society, that is, the erosion of institutions, venues, and values organized by nonmarket rationalities in democracies.

When democratic principles of governance, civil codes, and even religious morality are submitted to economic calculation, when no value or good stands outside of this calculus, then sources of opposition to, and mere modulation of, capitalist rationality disappear. (Brown 2005)

Unterschied die liberale Demokratie trotz ihrer Übereinstimmung mit marktbezogenen Eigentumsrechten und einem politischen Individualismus immer noch zwischen politischen Prinzipien auf der einen und einer ökonomischen Ordnung auf der anderen Seite, so sind heute durch Vermarktlichungsprinzipien und durch marktbezogene Werte und ökonomieorientierte politische Rationalitäten die Sphären der Öffentlichkeit und der Privatheit von einer marktradikalen neoliberalen politischen Rationalität geprägt, die nach dem ökonomischen Nutzen demokratischer Errungenschaften fragt. Brown macht dies an bestimmten Ereignissen fest, die besonders in den USA nach 9/11 dazu geführt haben, dass demokratische Prinzipien durch eine marktradikale neoliberale politische Rationalität infrage gestellt wurden. Sie merkt dabei an, dass diese marktradikale neoliberale Rationalität *nicht die Ursache* für den Abbau liberal demokratischer Prinzipien wie z.B. von Freiheitsrechten war, sondern ihn eher erleichterte. In diesem Zusammenhang würden dann eben auch demokratische Werte und Errungenschaften neben den formalen Institutionen der Demokratie von einer Kosten-Nutzen Rationalität durchzogen, die auch als Legitimation für das Umgehen ziviler Rechte dient, wie z.B. durch die Staatspolizei bei der Festnahme von Terrorverdächtigen. Diese, spezifisch auf die USA bezogene, Diskursverschiebung von Freiheit als individualistisches Prinzip hin zu der Legitimation, im Namen ebendieser Freiheit exekutive Befugnisse zu erweitern, fungierte unter George W. Bush nochmal verstärkt als Argument, den Irak anzugreifen oder „Demokratie“ nach Afghanistan bringen zu wollen und den *american way of life* vorgeblich zu schützen. Letzterer beinhaltet für Brown, dass „our way of life“ (ebd., 48) hier jedoch als neoliberales Argument fungiert: Es geht nämlich dann darum, unternehmerische Subjektivität und den Staat als unternehmerische Figur zu etablieren, der sowohl in den USA sowie auswärts die Bedingungen für eine Marktrationalität und unternehmerisches Handeln bereitstellt, sei es durch die Beseitigung scheinbar marktferner Kräfte wie islamischen Fundamentalisten oder anderen, die sich der vollen Anpassung an internationale Markt- und Wettbewerbsbedingungen verweigern. Die Vulnerabilität und Uneindeutigkeit des Demokratiebegriffes (vgl. Laclau/Mouffe 1991), der, frei flottierend und seit jeher unterschiedlich interpretierbar, dann eben diskursiv nicht mehr für unabhängige politische Institutionen und in einem Bedeutungszusammenhang mit zivilen Rechten und Praktiken wie Gleichheit, Freiheit, Volkssouveränität und Autonomie steht, sondern als Legitimation für die Durchsetzung marktliberaler Interessen dient, wird an diesem Beispiel ersichtlich. Dies führte z.B. besonders im Irak nach Beendigung der UN-Sanktionen am 23. Mai 2003 dazu, dass der Irak bereits wieder für ausländische Investitionen geöffnet wurde (vgl. Brown 2005, 48). Dies könnte in der Folge auch zu einer Demokratisierung der irakischen Gesellschaft beitragen, es bleibt jedoch fraglich, ob die ökonomische Rationalität des Marktes die Bedingungen bereitstellt, die für Demokratisierungsprozesse relevant sind und inwiefern neoliberale radikale Marktkriterien, die auf dem Prinzip der Konkurrenz, der Profitmaximierung und des Tausches beruhen, die Eigenheiten demokratischer politischer Freiheitsrechte garantieren können.

Die hochgradige Ambivalenz einer marktradikalen neoliberalen politischen Rationalität besteht für liberale Demokratien darin, dass demokratische Grundrechte und Prinzipien einen Eigenwert haben, die außerhalb einer marktbezogenen ökonomischen Rationalität liegen und die historisch lange und immer wieder erkämpft werden mussten. Würden die politischen Prinzipien

en von Freiheit und Gleichheit – so vieldeutig sie auch interpretiert werden und so ungleich sie bisher auch verwirklicht wurden – aufgegeben und alleine von einer neoliberalen marktradikalen politischen Rationalität ersetzt, dann stellt sich die Frage inwieweit die politische Rationalität des marktradikalen Neoliberalismus in verschiedenen Lebensbereichen fungiert und welche paradoxen Effekte diese radikal marktbezogene Rationalität dabei erzeugt. Es ginge dann nicht nur um ein positives Freiheitsverständnis (Freiheit zu), sondern auch um die Politisierung eines negativen Freiheitsverständnisses (Freiheit von). Denn die gesellschaftlichen Pathologien in Form von Erschöpfungszuständen, wie sie Alain Ehrenberg beschreibt (2004), und die zunehmend konstatiert werden in der Arbeitswelt, sind dann auch der Effekt einer gänzlich auf den freien Markt und der eigenen Leistung hin optimierten Lebensführung. Gegen diese kann sich auch Widerstand formieren, wie sich in Protesten etwa von Hartz-IV-Sozialhilfeempfängern in Deutschland zeigte, die für einen Euro die Stunde Arbeit erbringen müssen, wenn sie über einen längeren Zeitraum nicht vermittelbar bleiben (vgl. Niekant/Rudolph 2007). Jedoch ist dieser und anderer Widerstand gegen die Vermarktlichung ehemals sozialstaatlicher Leistungen und ihre psychischen Anforderungen eher gering geblieben und Selbstunternehmertum im prekären Bereich der *Creative Industries* wird von einigen Jungselbstständigen eher als neue Freiheit gelobt – die sie für diese gut ausgebildete Mittelschicht sicherlich auch beinhaltet (vgl. Friebe/Lobo 2006) –, als die zunehmende Prekarisierung dieser Arbeits- und Lebensform zu kritisieren, die sich eben nur eine bestimmte Bevölkerungsschicht „leisten“ kann. Gleichzeitig kann die auf den Markt bezogene neoliberale Rationalität auch positive Effekte zeitigen, indem eben durch neue technologische Erfindungen, die private Nutzung des Internets und neuer Kommunikationsmedien wie Twitter neue politische (Halb-)Öffentlichkeiten entstehen. Es finden also ambivalente Verschiebungen statt, die unterschiedliche Effekte für Personengruppen eines bestimmten Alters oder sozialer Herkunft haben.

Wenn jedoch demokratische Konsensfindung zugleich durch den Markt als Norm immer mehr in die Hände von BürokratInnen, RichterInnen und ManagerInnen übergeben wird, und die BürgerInnen nur noch als verantwortliche KonsumentInnen angesprochen und von der Konsensfindung als Volk entfremdet werden, wie Jacques Rancière und Colin Crouch konstatieren (Rancière 2002, 110ff.; Crouch 2008), würde die Herrschaft des Volkes immer mehr zu einer Leerformel. An ihre Stelle würden dann die TechnokratInnen oder die GesetzgeberInnen selbst treten und die aktuelle konsensuelle Demokratie unterlaufen, indem sie sie entpolitisieren und verrechtlichen und den offenen Dissens nicht mehr ermöglichen (vgl. Brown 2011, 48). Erhellend ist in diesem Zusammenhang Jaques Rancières bereits 1995 erstmals auf Französisch veröffentlichte Studie *La Méésentente* (dt.: Das Unvernehmen, 2002), in der er als Erster den Begriff „Postdemokratie“ in die politische und philosophische Debatte brachte und diese Verrechtlichungsprozesse hervorhebt. Für Rancière entsteht eine „Postdemokratie“ in ähnlicher Akzentuierung wie bei Wendy Brown dann, wenn im Namen der Demokratie ebendiese ausgehöhlt und die Konsensfindung innerhalb der Demokratie verrechtlicht wird. Das konsensuelle System der Postdemokratie ist die „Verbindung einer Herrschaft, die von der *Meinung* bestimmt ist, mit der Herrschaft, die vom *Recht* bestimmt ist“ (Rancière 2002, 112). Rancière spricht damit eine Entpolitisierung von Politik an, in der Meinungsumfragen die Stimme des Volkes ersetzen. Die mediale Demokratie, in der die Stimme des Volkes immer schon abgebildet ist, verundeutliche bzw. widerrufe sogar die „Erscheinung des Volkes“, denn das Volk ist dann niemals nicht repräsentierbar. Es ist zugleich immer „vollständig anwesend und abwesend“ (ebd.).

So wird die Herrschaftsform Demokratie einerseits durch die Herrschaft des Rechts und andererseits durch die mediale Repräsentation des Volkes abgelöst. Ein Gegenmodell zur kon-

sensuellen Demokratie der Gegenwart wäre für Rancière eine radikaldemokratische Politik, die gerade durch Dissens und Unvernehmen bestimmt ist. Diese radikaldemokratische Politik würde allen auf einem staatlichen Territorium lebenden Personen ermöglichen, sich in dem Streit um die gleiche Teilhabe am Volk zu beteiligen. Politische Gleichheit wäre so kein Zustand, sondern der Prozess der politischen Subjektivierung selbst, in der staatlich nicht anerkannte Subjekte um ihre politische Teilhabe ringen und diese einfordern (vgl. Rancière 2002, 118ff.). Auch wenn Rancière die politischen Subjektivierungsprozesse negativ denkt in dem Sinne, dass sich das Aufbegehren und die Intervention gegen die bestehende politische Ordnung der Demokratie immer gegen die institutionelle Macht wendet, die Rancière „Polizei“ nennt, so bleibt doch sein Impetus ähnlich wie auch bei Wendy Brown zentral, dass letztlich die Kämpfe um Repräsentation und politische Artikulation in der Demokratie seitens der Repräsentierten und Nicht-Repräsentierten ein zentrales Merkmal zum Erhalt demokratischer Artikulation bleiben. Gerade hier deckt sich Rancières Annahme mit der Gegenwartsdiagnose Wendy Browns, die ebenfalls auf eine Verrechtlichung von Politik auf europäischer und internationaler Ebene verweist, die gesellschaftlich entpolitisiert wirkt (Brown 2011, 55). Die Tendenz, dass eine ökonomische Rationalität Einzug in politische Verfahren gefunden und normative Vorgaben für policies entwickelt hat und sie nach diesen bewertet und ihre Effektivität prüft, und die Verrechtlichung von Politik, führen jedoch nicht nur zu einer Depolitisierung innerhalb demokratischer Verfahren selbst, sondern zu einer ungleichen Machtverteilung zwischen Legislative, Judikative und Exekutive innerhalb des politischen Systems westlicher Demokratien. Beide Prozesse – Verrechtlichung und die Implementierung einer neoliberalen ökonomischen Ordnung im Staat – sind zwar unabhängig voneinander, führen aber insgesamt zu einer Gefährdung konsensueller demokratischer Prinzipien und politischer Beteiligung (vgl. Agamben 2011).⁴

Hieraus ergibt sich für Brown die Einsicht, dass „die Zustimmung des Volkes zu den Gesetzen und der Gesetzgebung nicht ausreicht, um das demokratische Versprechen der Selbstgesetzgebung zu erfüllen. Man müsste Kontrolle und Verständnis der multiplen Mächte haben, die uns als Subjekte konstruieren, die die Normen produzieren, durch die hindurch wir die Realität wahrnehmen und das Gute und Schlechte beurteilen und die uns die Auswahl präsentieren, wenn wir wählen und selbst wenn wir Gesetze erlassen“ (Brown 2009, 69, Übers. S.W.). Die freiheits-einschränkende Wirkung des marktradikalen Neoliberalismus und seine politische Rationalität setzt dann nämlich nicht erst bei einer mündigen BürgerIn an, sondern bereits in den Institutionen wie z.B. den Schulen, der Familie, dem Markt, der Kultur und anderen gesellschaftlichen Institutionen, die Menschen überhaupt erst zu BürgerInnen formen und subjektiviert haben. Brown schlussfolgert daraus, dass Demokratie als Praxis und als Begriff bereits dort stattfinden sollte, wo Menschen im Sinne Foucaults machtvoll subjektiviert werden; dass der Demokratiebegriff selbst also als ein politisches Projekt verstanden werden sollte, das die machtimmanente Subjektivierungsweisen von Menschen mitberücksichtigt. In diesem Zusammenhang würde dann nämlich auch Freiheit als Grundformel der Demokratie wieder thematisiert und politisiert werden können, indem die Freiheit des Marktes grundlegender infrage gestellt werden könnte und Freiheit nicht auf die Autonomie des Marktes und auf Wahlfreiheit reduziert würde und als reine negative Freiheit deklariert wird, sondern als ein politisches Projekt fungiert im Sinne positiver Freiheit, um die alle ringen (Mouffe 2005). Politische Autonomie würde so auch den um ihre politische Freiheit ringenden Subjekten wieder zugesprochen werden, weil sie sich selbst aktiv für ihre StaatsbürgerInnenrechte einsetzen könnten.

In Browns Analyse der Demokratie wird ersichtlich, dass die machtvollen Subjektkonstitutionsprozesse als Teil eines Demokratieverständnisses fungieren sollten, da sie bereits gegen-

seitige Ausschlüsse und hierarchisch angeordnete Subjektpositionen produzieren können. Gleichzeitig ist „Macht“ bei Brown aber auch produktiv im Sinne Foucaults, da Macht auch eine ermöglichende Funktion hat, Subjekte, und somit auch Politisierungsprozesse und widerständige Praktiken ebendieser Subjekte, zu ermöglichen. Nur durch eine Erweiterung des Demokratiebegriffes und -verständnisses, das ermöglicht, gesellschaftliche Konflikte politisieren zu können, wird Demokratie ein *politischer* Prozess bleiben, der Konflikte und Dissens zulässt, und nicht zu autoritären, einseitig marktradikalen oder anderen nichtdemokratischen Tendenzen führt. Es gilt also, gleichzeitig das liberale Demokratieverständnis zu kritisieren für seine nie verwirklichten Prämissen und Ausschlüsse und dabei jedoch die Kernprämissen von politischer Freiheit und Gleichheit aufrechtzuerhalten und sie in eine *öffentliche* politische Auseinandersetzung um ihre Bedeutung zu transformieren.

In ihrer Analyse des gegenwärtigen Zustandes der liberalen Demokratiekonzeption kommt Wendy Brown deswegen nicht umhin, eine nicht marktbezogene politische Rationalität einzufordern, also ein Verständnis von Demokratie, das nicht auf einer Kosten-Nutzen-Kalkulation beruht, sondern jenseits utilitaristischer Vorstellungen den Eigenwert demokratischer Grundprinzipien von Freiheit und Gleichheit anerkennt, und sie einem Prozess der öffentlichen Auseinandersetzung zu übermitteln, der Demokratie lebendig und lebbar macht. Ihre Demokratiekonzeption ist daher stark normativ geprägt und hebt gleichzeitig die Notwendigkeit hervor, Demokratie als offenen politischen Prozess zu verstehen, der einerseits niemals abgeschlossen sein kann und somit auch die Repräsentationsfrage nie endgültig beantworten kann, denn es würde dann immer öffentlich verhandelbar sein, wer wie neu repräsentiert werden könnte. Andererseits werden bei Brown erstmals die machtdurchzogenen Subjektkonstitutionsprozesse und ihre wechselseitigen Ausschlüsse thematisiert, die bisher in demokratietheoretischen Konzeptionen oft unberücksichtigt blieben. Es gälte daher, ähnlich wie auch bei Chantal Mouffe (2005), antagonistische Interessen in eine agonale Auseinandersetzung zu überführen und dabei außerdem die jeweiligen machtvollen Ausschlüsse bestimmter Subjektpositionen immer wieder zu politisieren – ebenso wie die Herrschaftszustände, auf denen sie beruhen (vgl. Wöhl 2007a). Die Repräsentationsfrage ist nicht alleine dadurch lösbar, dass immer mehr Menschen repräsentiert werden, sondern sie muss zugleich auch berücksichtigen, welche Subjektpositionen sich gegenwärtig gegeneinander ausschließen oder auf dem Ausschluss anderer Subjektpositionen beruhen (vgl. Butler 1998).

Gleichzeitig ist es umso relevanter, will man die politische Rationalität des marktradikalen Neoliberalismus in ihren jeweiligen Effekten für die liberale Demokratie erfassen, die neoliberale Verschiebung des Freiheitsbegriffes zu hinterfragen und gleiche KonsumentInnenrechte des Marktes nicht mit politischer Gleichheit zu verwechseln. Denn die freien Wahlmöglichkeiten, die wir als KonsumentInnen in unseren Kaufentscheidungen auf dem freien Markt haben und auf die wir fast täglich in der Werbung angesprochen bzw. als KonsumentInnen „angerufen“⁵ und somit machtvoll als KonsumentIn subjektiviert werden (vgl. Althusser 1977), sollten uns nicht vergessen lassen, dass wir im repräsentativen System der Demokratie nicht nur alle vier bis fünf Jahre nach unserer Meinung als DemokratInnen gefragt sind, sondern dass es politisch relevant ist, dass wir den Wahlakt nicht vom gesellschaftlichen Leben ablösen und dass das politische Leben nicht durch gleiche Konsumerfahrungen ersetzbar ist. Die Gefahr, dass ein Rückzug aus dem öffentlichen politischen Diskurs oder überhaupt die Beteiligungsmöglichkeiten für manche Bevölkerungsanteile abhandenkommen oder nie gänzlich realisierbar waren, lässt in Europa derzeit rechtsorientierten Parteien „einfache“ Lösungen populär präsentieren, die die Ängste der Betroffenen aufgreifen und für eigene politische Zwecke nutzen. Welche Begriffe

haben „wir“ als „DemokratInnen“ gegen die derzeit exkludierend interpretierten Begriffe der Rechtspopulisten wie „Heimat“, „Gemeinschaft“ und „Gerechtigkeit“?

Demokratische Grundprinzipien werden nur dann politisierbar bleiben, wenn der öffentliche Dissens nicht in „Politikverdrossenheit“ und Wahlabstinenz mündet, sondern sich reartikuliert und die Entfremdung von Politik nicht zu Passivität oder reaktionären Ansichten, sondern zu einer öffentlichen demokratischen Auseinandersetzung führt. Hierfür müssten dann auch die Begriffe „Freiheit“ und „Autonomie“ positiv reartikuliert und ihrer marktradikalen diskursiven Besetzungen zumindest entkleidet werden.

ANMERKUNGEN

- 1 Auf die Unterschiede kann hier nicht näher eingegangen werden, siehe hierfür ausführlich Foucault 2004b sowie Lemke 1997.
- 2 „The neoliberal formulation of the state and especially of specific legal arrangements and decisions as the precondition and ongoing condition of the market does not mean that the market is controlled by the state but precisely the opposite. The market is the organizing and regulative principle of the state and society [...]“ (Brown 2005, 41)
- 3 In den USA sind nach dem 11. September 2001 Freiheitsrechte durch die Regierung massiv eingeschränkt worden und in Österreich können durch den § 278a StGB politische Aktivitäten als „Mitglied einer kriminellen Organisation“ verfolgt werden, wie der aktuelle Prozess gegen TierschützerInnen zeigt.
- 4 Vgl. für eine ausführliche Darstellung von Browns und Rancières sich ergänzende Debattenbeiträge den gerade auf Englisch erschienene Band *Democracy – In what state?* von Agamben/Badiou/Bensaïd/Brown/Nancy/Rancière/Ross/Zizek 2011.
- 5 Althusser hatte mit seinem Begriff der ideologischen Staatsapparate, die Schulen, Kirchen, Gewerkschaften und andere Apparate umfassen und die er in der Zivilgesellschaft verortet, darauf verwiesen, dass die „konkreten Individuen als Subjekte“ durch diese ideologisch erst konstituiert bzw. „angerufen“ werden (Althusser 1977, 157ff.).

LITERATURVERZEICHNIS

- Agamben Giorgio/Alain Badiou/Daniel Bensaïd/Wendy Brown/Jean-Luc Nancy/Jacques Rancière/Kristin Ross/Slavoj Zizek (2011). *Democracy – In What State?*, New York.
- Althusser, Luis (1977). *Ideologie und ideologische Staatsapparate*, Hamburg.
- Benhabib, Seyla (Hg.) (1996). *Democracy and Difference. Contesting the Boundaries of the Political*, Princeton.
- Benhabib, Seyla (2004). *The Rights of Others: Aliens, Residents and Citizens*, Cambridge.
- Bernays, Edward L. (2007). *Propaganda. Die Kunst der Public Relations*, Freiburg.
- Bröckling, Ulrich (2007). *Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform*, Frankfurt am Main.
- Bröckling, Ulrich/Susanne Krasmann/Thomas Lemke (Hg.) 2000. *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Frankfurt am Main.
- Brown, Wendy (2005). *Edgework. Critical Essays on Knowledge and Politics*, Princeton.
- Brown, Wendy (2009). *Nous sommes tous démocrates à présent ...*, in: Giorgio Agamben, et al.: *Démocratie, dans quel état?*, Paris, 59–75.
- Brown, Wendy (2011). *We Are All Democrats Now*, In: Giorgio Agamben/Alain Badiou/Daniel Bensaïd/Wendy Brown/ Jean-Luc Nancy/Jacques Rancière/Kristin Ross/Slavoj Zizek, et al.: *Democracy – In what state?*, New York, 44–57
- Burchell, Graham (1993). *Liberal Government and Techniques of the Self*, in: *Economy and Society*, Vol. 22, 267–282.
- Butler, Judith (1998). *Merely Cultural*, In: *New Left Review*, I/227, 33–44.
- Butler, Judith (2004). *Precarious Life. The Powers of Mourning and Violence*, London.
- Crouch, Colin (2008). *Postdemokratie*, Frankfurt am Main.
- Dörner, Andreas (2002). *Wahlkämpfe*, Frankfurt am Main.
- Ehrenberg, Alain (2004). *Das erschöpfte Selbst. Depression und Gesellschaft in der Gegenwart*, Frankfurt am Main.
- Evans, Peter/James E. Rauch (1999). *Bureaucracy and Growth: A Cross-National Analysis of the Effectiveness of „Weberian“ State Structures on Economic Growth*, in: *American Sociological Review*, Vol. 64, 748–765.

- Foucault, Michel* (2004a). *Geschichte der Gouvernementalität I. Sicherheit, Territorium, Bevölkerung*, Frankfurt am Main.
- Foucault, Michel* (2004b). *Geschichte der Gouvernementalität II. Die Geburt der Biopolitik*, Frankfurt am Main.
- Fraser, Nancy* (1997). *Justice Interruptus. Reflections on the „Post-socialist“ Condition*, New York/London.
- Fraser, Nancy* (1996). *Öffentlichkeit neu denken. Ein Beitrag zur Kritik real existierender Demokratie*, in: Elvira *Scheich* (Hg.): *Vermittelte Weiblichkeit. Feministische Wissenschafts- und Gesellschaftskritik*, Hamburg, 151–182.
- Friebe, Holm/Sascha Lobo* (2006). *Wir nennen es Arbeit. Die digitale Boheme oder: Intelligentes Leben jenseits der Festanstellung*, München.
- Gordon, Collin* (1991). *Governmental Rationality: An Introduction*, in: Graham *Burchell*/Collin *Gordon*/Peter *Miller* (Hg.): *The Foucault Effect. Studies in Governmentality*, Hemel Hempstead, 1–51.
- Habermann, Friederike* (2008). *Der homo oeconomicus und das Andere. Hegemonie, Identität und Emanzipation*, Baden-Baden.
- Hirschman, Albert O.* (1987). *Leidenschaften und Interessen. Politische Begründungen des Kapitalismus vor seinem Sieg*, Frankfurt am Main.
- Jörke, Dirk* (2011). *Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie*, In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 1–2/2011, 13–18.
- Kreide, Regina/Andreas Niederberger* (Hg.) (2008). *Nationale Demokratien im Kontext globaler Politik*, Frankfurt am Main.
- Laclau, Ernesto/Chantal Mouffe* (1991). *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*, Wien.
- Lemke, Thomas* (1997). *Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität*, Hamburg.
- Meyer, Thomas* (2006). *Praxis der Sozialen Demokratie*, Wiesbaden.
- Meyer, Thomas* (2005). *Populismus und Medien*, In: Frank *Decker* (Hg.): *Populismus in Europa. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?*, Bonn, 81–97.
- Mouffe, Chantal* (1996). *Radical Democracy or Liberal Democracy?*, in: David *Trend* (Hg.): *Radical Democracy. Identity, Citizenship, and the State*, London/New York, 19–26.
- Mouffe, Chantal* (2005). *On the Political*, London/New York.
- Mouffe, Chantal* (2011). *„Postdemokratie“ und die zunehmende Entpolitisierung*, In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 1–2/2011, 3–5.
- Niekant, Renate/Clarissa Rudolph* (2007). *Hartz IV. Zwischenbilanz und Perspektiven*, Münster.
- Phillips, Anne* (2007). *Multiculturalism without Culture*. Princeton.
- Phillips, Anne* (1993). *Democracy and Difference*, Cambridge.
- Rancière, Jacques* (2002). *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*, Frankfurt am Main.
- Riegraf, Birgit* (2007). *New Public Management und Geschlechterverhältnisse. Eine Analyse zum qualitativen Wandel des Staates*, Wiesbaden.
- Rose, Nikolas* (2000). *Powers of Freedom: Reframing Political Thought*, Cambridge.
- Sauer, Birgit* (2001). *Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte*, Frankfurt am Main.
- Schiffer, Sabine* (2011). *Informationsmedien in der Postdemokratie*, In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 1–2/2011, 27–32.
- Steinert, Heinz/Richard E. Lee/Alex Demirovic* (2007). *Kritische Wissenschaft, Emanzipation und die Entwicklung der Hochschulen*, Marburg.
- Wöhl, Stefanie* (2007a). *Die Subjekte der radikalen Demokratie. Institutionalisierte Differenzen und Barrieren gegenhegemonialer Artikulationen*, in: Martin *Nonhoff* (Hg.): *Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe*, Bielefeld, 139–158.
- Wöhl, Stefanie* (2007b). *Mainstreaming Gender? Widersprüche europäischer und nationalstaatlicher Geschlechterpolitik*, Königstein/Taunus.
- Young, Iris Marion* (2000). *Inclusion and Democracy*, Oxford.

AUTORIN

Stefanie WÖHL, Dr., Politikwissenschaftlerin, ist Leiterin des Referats Genderforschung der Universität Wien. Forschungsschwerpunkte: Staats- und Demokratietheorien, Politik der Geschlechterverhältnisse.

Korrespondenzadresse: Referat Genderforschung der Universität Wien, Spitalgasse 2–4, Hof 1.11 Campus, A-1090 Wien

E-Mail: stefanie.woehl@univie.ac.at